

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphisch: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19093. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Russisch-polnische Friedensverhandlungen in London?

London, 26. Juli. Nach einer Meldung der Daily Mail hat die Sowjetregierung der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie geneigt sei, zu Beratungen über den Frieden mit Polen nach London zu kommen, doch verlangt sie vorher, daß sich General Wrangel ergebe, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note erklärt die Sowjetregierung ihr Erkaunen darüber, daß die englische Regierung die Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen unterbrochen hätte.

Ungarns Hilfe für Polen von den Alliierten abgelehnt.

London, 26. Juli. (U.) Die Alliierten haben das Angebot Ungarns, Polen gegen den bolschewistischen Vormarsch militärische Hilfe zu leisten, abgelehnt. Die Alliierten haben darin nur einen Versuch Ungarns erblickt, zu einer Revision des Friedensvertrages zu gelangen, außerdem wollen sie die Bildung einer starken ungarischen Armee nicht begünstigen.

Die Eisenbahner für die Neutralität.

Berlin, 26. Juli. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband richten folgenden Aufruf an alle deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter:

Die Reichsregierung hat die Neutralität der Republik Deutschland in dem Kampfe zwischen Sowjet-Rußland und Polen erklärt. Diese Neutralitätserklärung legt Deutschland u. a. die Pflicht auf, zu verhindern, daß militärische Transporte für die eine oder andere der feindlichen Parteien durch Deutschland geleitet werden. Sollte in dieser Hinsicht irgendwelcher Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, so erklären die Großorganisations der deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter, daß sie unter keinen Umständen eine Verletzung der Neutralitätspflichten zulassen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln derartige Transporte verhindern werden. Jede dahingehende Aufforderung ist vom Eisenbahnpersonal zurückzuweisen; jede Hilfeleistung ist Verrat am Vaterlande!

Durchmarschpläne der Franzosen.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Der Frankfurter Zeitung wird unterm 24. d. M. aus dem besetzten Gebiet geschrieben: Die Franzosen bereiten seit etwa zehn Tagen eine Expedition nach Polen durch Deutschland vor und haben für die Beförderung zunächst den Ausweg gefunden, daß die Transporte zur Ablösung der in Ober-Schlesien stehenden Truppen in Marsch gesetzt werden. Ein Transport von 27 Waggons, der als Sanitätszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthielten in Wirklichkeit Munition und Maschinengewehre. Ein zweiter ähnlicher Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Frankreich beabsichtigt, weit größere Transporte abzuschicken und ihren Durchmarsch, wenn die diplomatische Lage es erlaubt, auf diplomatischem Wege durchzuführen.

Ein angehaltener Kriegsmaterialzug.

Marburg a. d. Lahn, 26. Juli. Hier traf gestern nachmittags, wie die Hessische Landeszeitung meldet, aus Gleichen kommend, ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich fremde Offiziere mit Frau und Kind, sowie einige Wagen Gewehre und Munition. Auf dem Marburger Bahnhof fand sich auf die Kunde von dem Eintreffen des Zuges eine große Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Wagen wurden aufgerissen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zertrümmert. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung auf einer Station in der Nähe von Marburg.

Berlin, 26. Juli. Amtliche Nachrichten erklären: Es handelt sich offenbar um einen sogenannten Polonia-Zug, d. h. um einen der 165 Züge, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 zum Teil mit militärischen Gütern, zum Teil mit Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahn-Direktionen haben bereits vor dem Vorfall telegraphische Anweisungen erhalten, derartige Züge nicht mehr anzunehmen; doch scheint dieser Zug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein. Weitere Weisungen werden ergehen, wenn nähere amtliche Feststellungen über den Inhalt des Zuges und den Vorfall vorliegen.

Zwischenfall bei der Durchfahrt tschechischer Soldaten in Hamburg.

Hamburg, 27. Juli. (U.) Bei der Durchfahrt eines Transportes von etwa 1300 Mann tschechischer

Truppen, die gestern morgen mit einem Dampfer der White-Star-Linie in Cuxhaven gelandet waren, kam es gestern nachmittag in Hamburg zu einem Zwischenfall, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, es handele sich um verkappte Engländer. Die Hamburger Arbeiter hielten den Transport auf dem Unterelbe-Bahnhof an und ließen durch eine Kommission den Soldaten, die sich als Heimkehrer aus Sibirien herausstellten, die in ihrem Besitz befindliche Munition, sowie Pistolen und Seitengewehre abnehmen. Der Transport wurde hierauf freigelassen. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß weitere Transporte nicht mehr durch Deutschland fahren.

Schutz für Bela Kun!

Die Post reizt zu seiner Ermordung auf.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, wie auch die Rede Dr. Simons in der gestrigen Reichstagsstunde zeigt, den politischen Flüchtling Bela Kun nach Erledigung des Auslieferungsbegehrens der ungarischen Regierung alsbald auszuweisen nach dem Lande seiner Wahl, das heißt also nach Rußland. Das enthebt natürlich die deutsche Arbeiterschaft nicht der Pflicht, darüber zu wachen, daß dieser Voratz auch ausgeführt wird, da sich die deutschen Bolschewistenressort sicher bis zuletzt aufs Äußerste bemühen werden, diesen Beschluß umzustößen und die deutsche Regierung zu bewegen, der Mörderbande in Budapest, die sich ungarische Regierung nennt, einen Hilfsposten zu leisten. Die deutsche Regierung muß wissen, daß die deutsche Arbeiterschaft solchen Umfall mit aller Kraft entgegentreten würde.

Bela Kun und sein Genosse Gabor sind noch von andern Gefahren bedroht. Die Post, das edle Blatt der Schwerindustriellen, entkräftet sich über die Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft für Bela Kun. Sie bezeichnet das Verlangen, den Verfolgten den Armen der ungarischen christlichen Mörderregierung zu entziehen, als „perverts“ und fordert die „verdiente Lynchjustiz“. Dieses Verlangen der Post wird sicherlich von weiten Kreisen der Reaktion geteilt. Nachdem von einem Blatt, das in engster Verbindung mit der im Lande residierenden deutschnationalen Mörderliga steht, die Drohung ausgesprochen worden ist, dürften sich auch bald die Männer der Tat einfinden. Die Regierung weiß also, woran sie ist. Auf sie wird die Verantwortung zurückfallen, wenn an Bela Kun das von der Post gewünschte Verbrechen verübt wird.

Nach einer Wolff-Meldung werden Bela Kun und Moses Gabor in Liegnitz von Reichswehr streng bewacht, so daß ihnen jegliche Verbindung mit der Außenwelt unmöglich ist. Das ist ja einerseits im Interesse ihrer Sicherheit ganz angebracht, vorausgesetzt, daß sich die Energie der Bewachenden mindestens ebenso sehr darin betätigt, „patriotische“ Mordbuden abzuhalten. Leider ist das bei dem bekannten Charakter unserer Reichswehr durchaus nicht selbstverständlich. Sehr nahe liegt vielmehr die Befürchtung, daß sich in der Reichswehr selber Werkzeuge der Post finden könnten. Die Regierung muß energisch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie die Wachmannschaften sorgfältig auszusuchen hat. Eine Erkennung der Reichswehrsoldaten durch Polizeibeamte wäre sehr nötig. Damit wir nicht aufs neue eine „Erschießung auf der Flucht“ erleben! Die Regierung ist gewarnt!

Der Haftbefehl gegen Dorten zurückgezogen.

Berlin, 27. Juli. (U.) In der gestrigen Reichstagsstunde kam der Minister des Reiches, Dr. Simons, auch ausführlich auf die Verhaftung von Dr. Dorten zu sprechen und sagte u. a., die Verhaftung wäre ohne Verständigung des Auswärtigen Amtes erfolgt. Aus völkerrechtlichen Gründen und gestützt auf ausführliche Rechtsansichten sah sich die Regierung gezwungen, die Aufhebung des Haftbefehls gegen Dorten zu veranlassen. Der Minister fügte noch hinzu, daß sich seines Wissens Dr. Dorten bereits wieder auf dem Wege nach Wiesbaden befinde.

Die Waffen der Rechtspulschiffen.

Braunschweig, 27. Juli. In der Nähe von Frellstedt sind Infanteriegewehre ausgegraben worden.

Adrianopel von den Griechen besetzt.

London, 26. Juli. Die Times meldet, daß die griechischen Truppen am 26. Juli in Adrianopel einmarschiert sind. Die Stadt hat nicht gelitten.

Hinter den Kulissen der Koalitionspolitik.

Die Rechtssozialisten verteidigen ihre bis zum 10. Juni betriebene Politik der Koalition mit der Bourgeoisie mit sehr schlechten Argumenten, dafür aber mit um so mehr Heuchelei und Bosheit. Von der Nichtigkeit ihrer Politik, die vor dem Kriege nur von konsequenten Revisionisten und Reformisten empfohlen wurde, sind sie in der gegenwärtig revolutionären Ära selbst zu einem großen Teil nicht mehr überzeugt. Sie sehen sie indes fort, weil es ein Zurück auf der einmal beschrittenen schiefen Bahn ohne völlige Preisgabe der jüngsten politischen Vergangenheit nicht gibt. Dieser Preis ist den Rechtssozialisten denn doch zu hoch; sie üben sich deshalb in immer neuen Versuchen, die unabhängige Sozialdemokratie und das von ihr vertretene Proletariat von der segensbringenden Nichtigkeit der völlig bankrotten Koalitionspolitik zu überzeugen; was natürlich ohne die üblichen Kniffe und demagogischen Schläge nicht möglich ist.

Das vom Genossen Heute in seiner Reichstagsrede bekanntgegebene geheime Rundschreiben des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die Parteipresse enthüllte das wahre Gesicht, die tiefe politische Verkommenheit der Partei, die zum Gespött und Gelächter der ganzen sozialistischen Welt noch den Namen der alten stolzen deutschen Sozialdemokratie trägt, deren politische Grundlosigkeit aber ein Hohn ist auf den wissenschaftlichen Sozialismus und das proletarische Interesse. In jenem ausschweifenden Dokument kam zum Ausdruck, daß die rechtssozialistische Partei die Koalitionspolitik, die geradlinige Fortsetzung der Kriegspolitik nicht um hoher Grundsätze und Ziele willen betrieb, noch ihre Fortsetzung nach dem Wahlausfall und die Beteiligung der unabhängigen Sozialdemokratie daran von solchen Erwägungen abhängig machte, sondern daß übersteuerte, beschränkte, parteipolitische Berechnung, Mangel an Ehrlichkeit und geschichtlichem Blick es waren, was den Rechtssozialisten diese von jedem Sozialismus bare politische Taktik vorschrieb.

Dokumente aus dem innersten Getriebe parteipolitischer Tätigkeit, worin deren ursprünglicher Antriebe und Zweck frei von jeder Phrasologie und Demagogie ausgesprochen wird, worin die Führer ohne Maske und falsche Junge reden, sind lehrreicher und wirkungsvoller als hundert Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher. So war es mit dem vom Genossen Heute ans Licht gezogenen geheimen Rundschreiben der höchsten rechtssozialistischen Instanz, so ist es mit den dieser Tage erfolgten dokumentarischen Veröffentlichungen der Freiheit über Vorgänge im Reichsrat während der Kapptage in Berlin, die wir wiedergegeben haben. In einer schicksalsschweren, entscheidungsvollen Situation traten uns in diesen Schriftstücken regierende Rechtssozialisten gegenüber und man kann angefaßt der kurzen, aber inhaltreichen Rede, die sie da gehalten, nur den einen sehnlichen Wunsch hegen, alle rednerischen Leistungen rechtssozialistischer Minister und Staatssekretäre kennen zu lernen, die sie in Kabinettsitzungen und andern Konventikeln, im Kreise ihrer bürgerlichen Kollegen vollbracht haben. Erst im Besitze dieser Niederlagen rechtssozialistischen Koalitionsglaubens, die den Nachweis erbringen würden, wie sie den Sozialismus verleugneten und offen bekämpften, wie sie in der Runde zielbewußter bourgeoisier Interessentvertreter von Stufe zu Stufe sanken — erst wenn man zu der Praxis sozusagen die Theorie hätte, wäre eine erschöpfende Würdigung und Beurteilung der Koalitionspolitik auch durch die große Masse der Arbeiter möglich. Aus den Protokollen der Kabinettsitzungen die Reden Noskes und Heines, der Bismarck- und Puttkamerpionnen, wortgetreu im Auszug veröffentlicht, das würde die öffentliche Bankrotterklärung der Rechtssozialisten und die schnellste Einigung des Proletariats auf sozialistischer Grundlage bedeuten. Aber da wir heute noch nicht im Besitze dieser unschätzbaren, dringenden notwendigen Aufklärungsmittel sind, müssen wir uns mit dem begnügen, was die rechtssozialistischen Regierungsmänner während des Kapp-Putsch im Reichsrat rebeten.

Da entfalten die Südekum und Heinrich Schulz die blutrünstigste antibolschewistische Propaganda. Dem Südekum ist es die Hauptsache, die Rechtssozialisten fernzuhalten von einer Vereinigung mit den Unabhängigen, die mit den Kommunisten gleichzustellen seien. Es ist notwendig, diese schier ungläubliche Tatsache festzuhalten, dieses Verbrechen am Proletariat, wofür nicht nur der Minister-Genosse Südekum verantwortlich zu machen ist, sondern ebenso die Partei, als deren Führer er auftritt und die ihn mit den höchsten Vertrauensämtern beehrt hat. Diese un-